

Globalisierungskritik neu denken

Aktualisiertes Positionspapier von Attac Deutschland

Stand: 18.09.2023

mit Änderungen aus Berlin, Besigheim, BaWü, Erlangen, Flensburg, Kassel,
Singen-Radolfzell, Rhein-Sieg, Wuppertal und von Einzelpersonen

(im Fließtext fett markiert)

Prolog.....	2
Globalisierung heute.....	2
Alles wird zur Ware.....	3
Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne Staaten den Aufstieg schaffen.....	4
Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu.....	5
Die Gewalt der Globalisierung.....	5
Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten	6
Die Krise der neoliberalen Globalisierung.....	6
Abkehr vom Neoliberalismus?.....	7
Eine andere Globalisierung ist möglich	7
Themenfelder.....	7
1. Internationale Finanzmärkte regulieren – Steuergerechtigkeit durchsetzen!	7
1.1. Was ist das Problem?.....	7
1.2. Was will Attac?.....	8
1.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	9
Finanzmärkte regulieren.....	9
Steuergerechtigkeit herstellen.....	9
Kredite für soziale und ökologische Projekte.....	9
Schulden streichen.....	9
International handeln.....	10
2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal	10
2.1. Was ist das Problem?.....	10
2.2. Was will Attac?.....	12
2.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	12
3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken!.....	13
3.1. Was ist das Problem?.....	13
3.2. Was will Attac?.....	13
3.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	14
Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben.....	14
Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden	14
Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten.....	14
Die Deutsche Bahn demokratisieren, nicht privatisieren.....	14
Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst.....	14
Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern.....	15
4. Krieg und Militarisierung.....	15
4.1. Was ist das Problem?.....	15
4.2. Was will Attac?.....	16
Zivile Konfliktlösung.....	16
Mit Globalisierungskritik Kriegen vorbeugen.....	16
Bewegungen weltweit stärken.....	16
5. Soziale Sicherheit für alle.....	17

5.1. Was ist das Problem?.....	17
5.2. Was will Attac?.....	18
5.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	18
Solidarische Bürgerversicherung.....	18
Daseinsvorsorge nicht privatisieren.....	19
Solidarische Städte.....	19
6. Flucht/Migration.....	19
6.1. Was ist das Problem?.....	19
6.2. Was will Attac?.....	20
6.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	20
7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.....	20
7.1. Was ist das Problem?.....	21
7.2. Was will Attac?.....	21
7.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	21
Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik.....	21
Anders wirtschaften und konsumieren.....	21
Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.....	22
Böden schützen – Landschaften erhalten.....	22
9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus.....	25
9.1. Was ist das Problem?.....	25
9.2. Was will Attac?.....	25
9.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	26
Epilog.....	26
<i>Eine andere Welt ist nötig und möglich.....</i>	26

7 Prolog

8 Wir, Mensch und Natur, befinden uns in einer vielfachen, vom Menschen verursachten Krise. Ob
9 drohender Klimakollaps und fortschreitende Naturzerstörung, weltweit wachsende soziale
10 Ungleichheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Pandemien, das Erstarken rechter Ideologien,
11 kriegerische Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene: Wir leben in Zeiten
12 großer Unsicherheit durch vielfältig miteinander verwobene Krisen. Menschen, die am wenigsten
13 zu den Krisen beigetragen haben, sind oft am stärksten von ihnen betroffen und besitzen am
14 wenigsten Mittel, um sich vor ihren Folgen schützen zu können. Sie müssen um ihre Existenz
15 bangen, in Teilen der Welt sind sie längst all ihrer Lebensgrundlagen beraubt und auf der Flucht.

16 Wir sind mit dem Resultat einer profitgetriebenen **kapitalistischen** Globalisierung konfrontiert, die
17 die Zerstörung der Welt billigend in Kauf nimmt.

18 Doch es gibt auch das Andere. Menschen, die nach dem guten Leben für alle streben, die der
19 neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegensetzen. Sie findet ihren
20 Ausdruck in **friedlichem und** solidarischem Handeln und der nationalen und internationalen
21 Vernetzung sozialer Bewegungen, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bewegungen für
22 gerechten Welthandel und für Ernährungssouveränität, **antikapitalistischen Bewegungen**,
23 Menschenrechtsaktivist*innen, queer-feministischen Bewegungen und vielen anderen. Gemeinsam
24 sind wir widerständig und setzen angeblich alternativlosen Wirtschafts- und Lebensweisen konkrete
25 Alternativen entgegen.

26

27 **Globalisierung heute**

28 Die Welt ist heute global vernetzt: Die Produktion von Waren und Dienstleistungen ist
29 weltumspannend organisiert, die Digitalisierung hat die Infrastruktur dafür geschaffen und
30 gleichzeitig die Möglichkeiten zum kulturellen Austausch vervielfacht. Doch die bisherige
31 Globalisierung geschieht auf Kosten von Mensch und Umwelt. Produktions- und Lieferketten
32 werden auf Profit optimiert, statt jedem Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Raubbau
33 zerstört die Natur. Statt demokratischer Selbstbestimmung globalisiert sich das Gefühl der
34 Ohnmacht gegenüber ökonomischen Zwängen und transnationalen Konzernen.

35 Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen Ländern zu einer
36 schwindelerregenden, obszönen Ungleichheit geführt. Extreme Armut, Hunger und vermeidbare
37 Krankheiten sind immer noch weit verbreitet. Und nicht nur die soziale, auch die
38 Geschlechterungleichheit ist elementarer Bestandteil der bisherigen Globalisierung, gar eine ihrer
39 Voraussetzungen. Konzerne und Staaten greifen auf eine lange Tradition männlich dominierter
40 Gesellschaften zurück, die *FLINTA*s (Frauen, Lesben, intersexuelle Menschen, nicht-binäre
41 Menschen, trans Menschen, agender Menschen)* weiterhin benachteiligen und diskriminieren. **Mit
42 der** Globalisierung verbreitet **sich** Naturzerstörung über den gesamten Planeten. Gleichzeitig
43 werden die ökologischen Folgen des Strebens nach grenzenlosem Wachstum, das auf einem
44 begrenzten Planeten schlicht nicht möglich ist, ignoriert. Wirtschaftskrisen, Kriege und
45 Naturkatastrophen häufen sich zu multiplen Krisen der Globalisierung.

46 **Alles wird zur Ware**

47 Mit der neoliberalen Globalisierung hat sich der Kapitalismus weltweit als dominante
48 Wirtschaftsweise durchgesetzt. Die Konkurrenz um Rohstoffe, billige Arbeit und Absatzmärkte
49 treibt ihn an. Profitmaximierung ist das Ziel. Staaten versuchen, in der globalen Konkurrenz ihre
50 Macht auszuweiten, um die Interessen „ihrer“ Unternehmen durchzusetzen. Konzerne versuchen,
51 ihre Marktmacht zu sichern und zu erweitern. **Staaten machen es zu ihrem ureigensten Anliegen,
52 die Chancen „ihrer“ Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu verbessern:**
53 Löhne werden gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert, öffentliche Dienstleistungen
54 privatisiert, Rohstoffe ausgebeutet und zum Beispiel mittels Freihandelsabkommen, offene Märkte
55 hergestellt.

56 Das Versprechen der neoliberalen Globalisierung lautet: Je mehr Markt es gibt und je mehr sich die
57 Staaten lediglich um die Rahmenbedingungen wie ein günstiges Investitionsklima kümmern, desto
58 **rationaler und effizienter** funktioniert die Wirtschaft und desto höher ist der allgemeine
59 Wohlstand. **Faktisch schwächt diese Politik jedoch alle gesellschaftlichen Bereiche, die nicht
60 unmittelbar Profit bringen, wie öffentliche Dienstleistungen, und insbesondere die
61 Einrichtungen, die die gesellschaftlichen Schwächeren vor den Zugriffen der Besitzenden
62 schützen. Die Interessen der Unternehmen dominieren das staatliche Handeln.**

63 **Neoliberalismus als Wirtschaftssystem bedeutet:** Es sollen nicht nur Konsumgüter auf Märkten
64 gehandelt werden, sondern auch Gesundheit, Bildung, das Recht, die Umwelt zu zerstören, und
65 vieles mehr. Die Digitalisierung heizt die Globalisierung weiter an. Sie ermöglicht Kommunikation
66 in Echtzeit und eine immer weitere globale Arbeitsteilung. Sie hat dazu beigetragen, dass sich eine
67 Plattformökonomie herausgebildet hat, durch die Konzerne, die über die Kommunikations- und
68 Vertriebsplattformen verfügen, immer besser in der Lage sind, ihre wirtschaftlichen Interessen
69 durchzusetzen. **Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz wird in den nächsten Jahren die
70 Arbeitswelt nachhaltig verändern und zu weiteren Rationalisierungen führen.**

71 Das Nachsehen hat die überwiegende Zahl der abhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen.
72 Für viele verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und ihre Rechte werden beschnitten, während
73 nur kleine Teile der Erwerbstätigen von der Entwicklung profitieren. Ausgaben- und
74 Leistungskürzungen des Staates bedeuten zum Beispiel, dass für viele Betreuungs- und
75 Gesundheitsdienstleistungen oder Bildungsangebote selbst bezahlt werden muss. Nur Reiche
76 können sich einen armen Staat leisten. FLINTA*s sind von den staatlichen Ausgabenkürzungen
77 mehr betroffen als Männer, da die traditionell schlecht oder gar nicht bezahlte Betreuung, Fürsorge
78 und Pflege vornehmlich von ihnen geleistet wird. Der Staat verlässt sich darauf, dass weiblich
79 gelesene Personen durch unbezahlte Arbeit fehlende öffentliche Dienstleistungen ersetzen.

80 Diese neoliberale Politik wird als alternativlos dargestellt. Der Markt **bestimmt das Handeln der**
81 **Politik – in demokratisch verfassten sowie in staatskapitalistischen Staaten und Staaten mit**
82 **autokratisch-feudalen Strukturen.** Märkte sind die zentralen gesellschaftlichen Räume, in denen
83 sich die Menschen aufeinander beziehen. Jeder Fleck der Erde soll einbezogen werden, keine
84 Gesellschaft und kein gesellschaftlicher Bereich außen vor bleiben: Die ganze Welt soll zur Ware
85 werden – bis hin zum Körper beispielsweise über die Ausdehnung von Sextourismus, **Menschen-**
86 **und Organhandel.**

87 ***Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn***
88 ***einzelne Staaten den Aufstieg schaffen***

89 Die Spaltung der Welt in Globalen Norden und Globalen Süden wird durch die neoliberale
90 Globalisierung fortgesetzt. **Unter Globaler Süden fassen wir alle Menschen, die im globalen**
91 **System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Positionen haben. Sie**
92 **leben überwiegend, aber nicht nur, in den arm gemachten Ländern des Südens, sondern auch**
93 **unter prekären Lebensbedingungen in den industrialisierten Ländern des Nordens. Globaler**
94 **Norden hingegen bestimmt eine mit Vorteilen bedachte Position und umfasst damit**
95 **beispielsweise auch die Mächtigen und Reichen in den arm gemachten Ländern des Südens.**
96 Daran hat auch der Aufstieg Chinas zu einem zentralen ökonomischen Akteur nichts Wesentliches
97 geändert. China reiht sich ein in die Reihe mächtiger kapitalistischen Staaten, die andere
98 Gesellschaften ausbeuten. Das neoliberale Freihandels- und Investitionsschutzregime hat koloniale
99 Abhängigkeiten in **neokoloniale** transferiert. Den meisten arm gemachten Ländern des Südens
100 wurde diese Wirtschaftsweise aufgezwungen – von dem Internationalen Währungsfonds und der
101 Weltbank im Rahmen der Schuldenkrise, über die WTO (*World Trade Organisation*), die
102 beispielsweise die Freigabe von Patenten verhindert, und über bilaterale Handels- und
103 Investitionsschutzabkommen. Profitinteressen werden auf Kosten von Demokratie, Umwelt und
104 Menschenrechten durchgesetzt. Westliche Konzerne nutzen die niedrigen Löhne und
105 Umweltauflagen in Asien und auf anderen Kontinenten. Inzwischen sind chinesische Konzerne
106 ihnen darin nachgefolgt. Die Länder des Globalen Südens sind in die Lieferketten integriert als
107 Rohstofflieferanten, billige Werkbänke und Lieferanten günstiger Arbeitskraft.

108 **Sowohl die Großmächte USA und China als auch die Europäische Union** sichern den Prozess
109 der Durchsetzung des globalen Kapitalismus politisch ab, unter anderem über internationale Organi-
110 sationen und Verträge, aber auch über die Förderung von Direktinvestitionen. Gleichzeitig konkur-
111 rieren sie um die Vorherrschaft auf den internationalen Märkten und um den Zugriff auf natürliche
112 Ressourcen. **Auch die übrigen BRICS-Staaten versuchen, ihre wirtschaftliche und politische**
113 **Macht zu vergrößern. Dagegen verlieren globale Institutionen zunehmend an Einfluss.**
114 **Rechtspopulistische, nationalistische Politik wie „Amerika First“ wird immer dominanter.**
115 **Eine multipolare Welt auf Grundlage des Völkerrechts gerät auf's Abstellgleis.**
116

117 Während die USA und die Staaten in der EU stärker neoliberal verfasst sind und ihre

118 Wirtschaftspolitik vor allem darauf ausrichten, die Rahmenbedingungen für „ihre“ Unternehmen zu
119 verbessern, greifen staatskapitalistische Staaten wie China stärker direkt in die Wirtschaft ein.
120 Dabei handelt es sich allerdings nicht um eine Konkurrenz der Systeme, sondern um eine
121 Konkurrenz im System **des globalen Kapitalismus. Eine Konkurrenz, in der die unipolare**
122 **Dominanz und Vorherrschaft der USA jedoch immer deutlicher unter Druck gerät. China**
123 **positioniert sich vor allem in den arm gemachten Ländern des Südens als politische**
124 **Alternative und Gegenmacht, zum Beispiel durch Gründung der Asiatischen**
125 **Infrastrukturinvestment Bank (AIIB) 2015 als Konkurrenz zur Weltbank und zum IWF, die**
126 **vom Westen dominiert werden.**

127 Den armen Ländern des geographischen Südens fehlen vor allem durch das Freihandelsregime die
128 politischen Instrumente, die eine eigenständige ökonomische Entwicklung ermöglichen könnten.
129 Zumal vielen dieser Ländern nicht zuletzt von der EU die Öffnung ihrer eigenen Märkte
130 aufgezwungen wurde, während der Norden seine Märkte nur öffnet, wenn es seinen Interessen
131 entspricht. In vielen Ländern ist die wirtschaftliche Situation deshalb so aussichtslos, dass
132 Menschen zu Flucht und Migration gezwungen sind.

133 **Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu**
134 Gleichzeitig hat sich die Ungleichheit auch innerhalb der nationalen Gesellschaften vertieft. Es gibt
135 diejenigen, die zu wenig zum Leben haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen.
136 Das Versprechen gleicher Chancen für alle Menschen hat sich als neoliberale Lüge herausgestellt.
137 Menschen werden in soziale Verhältnisse hineingeboren und verfügen damit über unterschiedliche
138 Zugänge zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein Geschlecht, eine
139 Hautfarbe und einen Pass. All dies beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in der Hierarchie
140 der globalen Gesellschaft einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, Menschen nicht. Viele sehen
141 sich gezwungen, prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken oder als Care-
142 Arbeiterinnen in den Städten reicher Länder. Die Globalisierung bietet Menschen, die zuvor wegen
143 ihres Geschlechts oder aus anderen diskriminierenden Gründen kaum Zugang zu ausreichend
144 bezahlter Erwerbsarbeit fanden, neue Chancen. Da Globalisierung die Möglichkeiten der
145 Subsistenzproduktion einschränkt, schafft sie jedoch auch neue Abhängigkeiten.

146 Die globalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgebläht worden, um
147 Anlagemöglichkeiten für immer riesigere Vermögen zu schaffen. In Reaktion auf deren Krise
148 wurde eine gigantische Umverteilung betrieben: Geld aus den öffentlichen Haushalten, also sowohl
149 von den Steuerzahler*innen als auch von jenen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind,
150 landete in großem Umfang in den Kassen von Finanzunternehmen und ihren superreichen
151 Nutznießer*innen.

152 **Die Gewalt der Globalisierung**

153 Gerade für die arm gemachten Länder des Südens bedeutet Globalisierung Gewalt. Den
154 aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogrammen“ von IWF (*Internationaler Währungsfond*) und
155 Weltbank sind, insofern sie regelmäßig drastische Einsparungen bei den Gesundheits-, aber auch
156 den Bildungssystemen vorsahen, unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Dasselbe gilt angesichts
157 des Patentschutzes etwa für AIDS-Medikamente und Corona-Impfstoffe.

158 Angesichts der immer stärker ausgeweiteten Handlungsfreiheit international tätiger Investor*innen
159 und Unternehmen ist der Alltag in weiten Teilen der arm gemachten Länder geprägt von Landraub,
160 Vertreibung, Verletzung der Menschenrechte Indigener und großflächiger Zerstörung ökologischer
161 Lebensgrundlagen. Die darin verwickelten transnationalen Konzerne bleiben dabei straffrei. In
162 vielen Staaten gibt es Kinderarbeit und Sklaverei. Jeglicher Arbeitsschutz wird verweigert. Die

163 **Verfolgung bis hin zur** Ermordung von Gewerkschafter*innen und Menschenrechtsverteidiger-
164 *innen sind an der Tagesordnung.

165 All dies ist heute integraler Bestandteil unserer inzwischen weltweit vernetzten Produktion. Für uns
166 hier in den reichen Ländern bedeutet dies umgekehrt, dass unsere Gesellschaft, unser Leben mit
167 diesen Gewaltverhältnissen aufs Engste verwoben ist. Das ist das Werk der neoliberalen
168 Globalisierung.

169 Deren integrale geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhaltet oft auch körperliche Gewalt und
170 die Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts. Das zeigt sich beispielsweise durch
171 Abtreibungsverbote, aber auch durch Femizide, also die Ermordung von weiblich gelesenen
172 Personen, als extremer Ausdruck patriarchaler Gewalt.

173 **Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten**

174 Der Wachstumszwang treibt die Globalisierung an. Der Gewalt gegen die Natur und den Planeten
175 sind so immer weniger Grenzen gesetzt. Die Welt wird immer mehr zur Ware. Dadurch wird die
176 Ausbeutung der Natur scheinbar legitimiert und ihre Zerstörung achselzuckend in Kauf genommen.

177 Vor über fünfzig Jahren wurden vom Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt. Sie
178 ergeben sich aus der Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen und der nur begrenzten
179 Belastbarkeit ökologischer, geologischer und klimatischer Kreisläufe. Die planetaren Grenzen des
180 kapitalistischen Wachstums werden deutlich und sind durch den neoliberal angeheizten Raubbau an
181 der Natur längst in Sichtweite und teilweise schon überschritten.

182 Die daraus resultierende Klimakatastrophe beginnt bereits jetzt Menschenleben zu fordern;
183 unzählige drohen zu folgen. Zudem hat schon ein gigantisches Artensterben seinen Anfang
184 genommen, das für den Menschen ähnlich große Auswirkungen haben kann.

185 **Die Krise der neoliberalen Globalisierung**

186 Attac wurde in der Hochphase der neoliberalen Globalisierung gegründet. Seither hat sich einiges
187 verändert. China ist der Aufstieg von seiner Rolle als Werkbank zum mächtigen globalen Akteur
188 gelungen, von dem andere Staaten abhängig sind. Konzerne, die über digitale Kommunikations-
189 und Vertriebsplattformen verfügen, haben an Einfluss gewonnen und nehmen zentrale Positionen in
190 den globalen Wertschöpfungsketten ein. Der Kapitalismus erscheint inzwischen in unterschied-
191 lichen Staatsformen. Neben neoliberalen, stärker demokratisch geprägten Varianten tritt er auch in
192 Form staatskapitalistischer autoritärer Systeme auf.

193 Heute sind die Probleme der neoliberalen Globalisierung offensichtlich. Durch die wiederkehrenden
194 Finanzkrisen hat die neoliberale Ideologie weiter an Glaubwürdigkeit verloren. Von der Klima-
195 bewegung und den schieren klimabedingten Katastrophen unter Druck gesetzt, fällt inzwischen
196 auch den ewigen Prediger*innen des „Freihandels“ auf, dass ihr neoliberaler Marktradikalismus
197 eine wirksame Klimapolitik behindert. Es wird deutlich, wie stark die neoliberale Politik nicht nur
198 die Krisen verschärft hat, sondern auch der Gesellschaft den demokratischen Handlungsspielraum
199 nimmt, angemessen zu reagieren. Demokratie wird zugunsten von ökonomischen Interessen
200 abgebaut, zum Beispiel durch Freihandelsabkommen. Entsprechend gilt auch: Extreme soziale
201 Ungleichheit, wie sie durch die neoliberale Globalisierung gefördert und hervorgebracht wird,
202 destabilisiert Demokratien, und tatsächlich sind praktisch alle Demokratien heute in einer Krise.
203 Der Politik wird mit steigendem Misstrauen begegnet. Das ist gut, wenn es mit der Forderung nach
204 Demokratisierung und solidarischen Lösungen verbunden ist, und verheerend, wenn es mit dem Ruf
205 nach autoritären und rassistischen Lösungen einhergeht. Rechtspopulistische und
206 rechtsextremistische Bewegungen nutzen die Krise, um ihre autoritäre Politik durchzusetzen.

207 **Abkehr vom Neoliberalismus?**

208 Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche
209 Probleme nicht lösen kann. Staatliche Interventionen, beispielsweise um soziale Auswirkungen
210 abzumildern und Umweltschäden zu begrenzen, gewinnen an Bedeutung. Die Regierungen sehen
211 sich hierzu gezwungen, um die Folgen zu reduzieren und auch um soziale Proteste einzuhegen.

212 Bei genauerem Hinsehen ist die Antwort auf die Krise der neoliberalen Globalisierung aber in erster
213 Linie ein Weiter-so: Rohstoff- und Infrastrukturprojekte werden weiterhin bei uns und in den arm
214 gemachten Ländern des Südens ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte durchgesetzt.
215 Privatisierungen werden forciert und sogenannte moderne Freihandelsverträge abgeschlossen, die
216 demokratische Kontrollmechanismen aushebeln. Staatlich gefördertes „grünes“ Wachstum und
217 marktkonforme Anreize zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien werden als Lösung der
218 Klimakrise propagiert, obwohl längst klar sein sollte, dass der profitorientierten Globalisierung
219 planetare Grenzen gesetzt sind, die ein weiteres globales Wachstum untragbar machen.

220 **Eine andere Globalisierung ist möglich**

221 Eine soziale und ökologische Transformation macht eine Abwicklung der neoliberalen
222 Wirtschaftsordnung nötig. Die Rückkehr zum abgeschotteten Nationalstaat ist keine Alternative. Es
223 braucht internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Menschheitsprobleme wie Naturzerstörung,
224 Menschenrechtsverletzung und Krieg.

225 Die zunehmende soziale Ungleichheit und fortschreitende Naturzerstörung führen dazu, dass die
226 bestehenden Wirtschaftsweisen weltweit infrage gestellt werden. Eine demokratische und gerechte
227 Globalisierung jenseits der kapitalistischen Profit- und Wachstumslogik ist nötig, um der
228 Klimakrise zu begegnen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

229 Menschen streiten auch in Attac mit Protesten, Streiks und Aktionen zivilen Ungehorsams für einen
230 gerechten Welthandel, für Klimagerechtigkeit und gleiche Rechte für alle. Sie wehren sich gegen
231 koloniale Kontinuitäten, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und geschlechtsspezifische
232 Unterdrückung. Attac ist ein Teil dieser Bewegungen und kämpft für globale soziale Rechte für alle
233 statt Reichtum für wenige: für eine gerechte Globalisierung von unten.

234 **Themenfelder**

235 **1. Internationale Finanzmärkte regulieren – Steuergerechtigkeit** 236 **durchsetzen!**

237 Die internationalen Finanzmärkte haben einen enormen Einfluss auf unser tägliches Leben, auch
238 wenn wir dies nicht immer direkt wahrnehmen. Die Regulierung dieser Märkte und **Maßnahmen**
239 **gegen die ungleiche Vermögensverteilung sind** zentrale Anliegen von Attac seit seiner
240 Gründung.

241 **1.1. Was ist das Problem?**

242 Handel über die nationalen Grenzen hinweg ist schon immer davon begleitet, dass Geld auch
243 international verrechnet, getauscht und als Kapital angelegt wird. Mit der wachsenden Bedeutung
244 des transnationalen Handels wurde es immer wichtiger, diese Aktivitäten zu regeln. Bis in das letzte
245 Viertel des 20. Jahrhunderts war dies vor allem Aufgabe der Staaten und internationaler Abkommen
246 (Bretton Woods). Seitdem haben Staaten wenig Möglichkeiten, internationalen
247 Finanzspekulationen entgegenzuwirken. Trotz Dotcom-Krise 2000, Finanzmarktkrise 2007 und
248 Eurokrise 2010 konnten die Profiteur*innen umfassende Regulierungen der Finanzmärkte
249 verhindern.

250 Ab den 1980er Jahren wuchs mit der zunehmend ungleichen Reichtumsverteilung das Volumen an
251 anlagesuchendem Kapital. **In Deutschland haben politische Maßnahmen wie die Senkung des**
252 **Spitzensteuersatzes, die Verschonung reicher Erben vor Steuerzahlungen und das Aussetzen**
253 **der Vermögenssteuer diesen Trend befördert.** Um **das Kapital** anzulocken, wurde die Kontrolle
254 von grenzüberschreitenden Kapitaltransfers in vielen Ländern aufgehoben und
255 Handelsbeschränkungen für Finanzanlagen abgebaut. Gleichzeitig entstanden immer neue
256 Finanzanlagen. Währungen, Finanzanlagen sowie Unternehmensbeteiligungen und sogar Renten-
257 und Sozialversicherungsfonds wurden immer mehr zu handelbaren Waren und Objekten der
258 Spekulation. Die Folge: Krisenabstände verkürzten sich und Krisen wurden immer einschneidender.
259 Die Auswirkungen der Krisen beschränken sich nicht auf den Finanzbereich, sondern betreffen
260 auch die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Sie stürzen ganze Ökonomien ins Chaos und
261 verschärfen in den betroffenen Ländern die Armut und können Hungerkrisen auslösen.

262 Die Instabilität der globalen Finanzmärkte hält weiter an. Dazu tragen auch die Versuche neuer
263 Finanzmarktakteur*innen bei, unter dem Schlagwort „dezentrale Finanzmärkte (DeFi)“
264 Kreditvergaben, Investitionen in Kryptowährungen und andere Finanztransaktionen abseits des
265 Banken- und Börsensystems einzuführen. Darüber hinaus versuchen Kapitalmarktakteur*innen im
266 Rahmen von „Grünen Investments“ neue Anlagemöglichkeiten durch Zugriff auf natürliche
267 Ressourcen wie Wasser zu erschließen und diese zu privatisieren, verbunden mit der
268 Risikoabsicherung durch staatliche Profitgarantien. Auch Renten- und Sozialsystem sowie
269 öffentliche Dienstleistungen sind in ihrem Fokus. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich,
270 den sie nicht ihrer Profitlogik unterwerfen wollen.

271 Profite auf den Finanzmärkten kommen nur wenigen zugute, aber Rettungsaktionen für in
272 Schwierigkeiten geratene Banken und Versicherungen müssen über Steuern von allen bezahlt
273 werden. Globale Finanzmärkte gleichen heute einem Casino, in dem mit Aktien, Krediten,
274 Wechselkursen und lebenswichtigen Gütern wie beispielsweise Weizen spekuliert wird.

275 Im Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus wird die gesamte Ökonomie in erheblichem Maß von den
276 Interessen der Akteur*innen auf den Finanzmärkten bestimmt. Insbesondere dominieren große
277 private Investmentgesellschaften (z.B. Blackrock, Allianz Global Investors Fund) und Staatsfonds
278 (Norwegen, Saudi-Arabien) über ihre Anlagestrategien immer mehr die Investitionsentscheidungen
279 der Wirtschaft.

280 Im Kontext der Corona-Pandemie und der Klimakrise hat sich die Verschuldungssituation in
281 Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. Auch der russische Angriffskrieg gegen die
282 Ukraine heizt die weltweite Überschuldungsproblematik weiter an, **auch durch Militärausgaben.**

283 Viele Ländern sind kritisch verschuldet. Abgesehen von unzureichenden multilateralen und
284 bilaterale Krisenfinanzierungen können Zahlungseinstellungen oft nur vermieden werden, weil die
285 verschuldeten Staaten strikte Sparmaßnahmen **und Haushaltskürzungen** einleiten. Inmitten der
286 Krise 2020 – 2022 kürzten fast 100 Niedrig- und Mitteleinkommensländer die öffentlichen
287 Ausgaben im eigenen Land, Zukunftsinvestitionen, z.B. in Bildung und Infrastruktur, fielen weg.
288 Damit wurden die Krisenkosten einseitig der Bevölkerung der Schuldnerstaaten aufgebürdet. Auch
289 die Folgen der Klimakrise beeinflussen die Verschuldungssituation vieler Staaten im Globalen
290 Süden dramatisch.

291 **1.2. Was will Attac?**

292 Geld und Geldderivate müssen den Börsen als Spekulationsobjekte entzogen werden. Geld muss
293 den einfachen Austausch von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und als Wertaufbe-

294 wahrungsmittel dienen. Geld, auch in digitaler Form, als Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen,
295 ist Aufgabe der Gesellschaft und darf nicht Privaten überlassen werden, die damit Profite machen
296 wollen und Krisen produzieren.

297 Ein stabiles Geld- und Finanzsystem ist ein öffentliches Gut. Unregulierte Finanzbereiche,
298 Schattenbanken, private Währungen oder ähnliches darf es deshalb nicht geben.

299 **Auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft hat ein gerechtes,**
300 **nachhaltiges und resilientes Steuersystem, das zu einer wirksamen Umverteilung führt, eine**
301 **zentrale Bedeutung. Die extreme Vermögens- und Einkommensungleichheit muss**
302 **reduziert werden. Dies erfordert eine transparente Gesetzgebung die die Steuerlast weg von**
303 **der Arbeit, von niedrigen und mittleren Einkommen, hin zu Vermögen, überdurchschnitt-**
304 **lichem Verdienst und Kapitalerträgen verlagert.**

305 Kredite sollen die Erstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen, um menschliche
306 Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr primäres Ziel darf nicht die Gewinnerzielung sein, und sie dürfen
307 nicht dazu führen, dass einzelne Menschen oder sogar ganze Länder in die Abhängigkeit ihrer
308 Gläubiger*innen fallen.

309 **1.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

310 ***Finanzmärkte regulieren***

311 Die Finanzmärkte, einschließlich der Wertpapier- und Derivatemärkte, sowie Banken und anderer
312 Finanzinstitutionen, müssen drastisch geschrumpft werden, unter anderem durch das Verbot
313 bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Highspeedhandels und mit der Einführung
314 einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Eine Finanztransaktionssteuer, die auf alle Formen des
315 Handels mit Finanzpapieren abzielt und so neben dem Aktienhandel auch Anleihen und vor allem
316 Derivate erfasst, würde einen spürbaren Beitrag zur gerechteren Besteuerung und zur Finanzierung
317 des Gemeinwesens leisten und hätte gleichzeitig wichtige Stabilisierungseffekte für die Wirtschaft.
318 Sie könnte die schädlichen Entwicklungen auf den Finanzmärkten dämpfen und diese schrumpfen
319 helfen. Sie würde die Entschleunigung des Handels und die Rückführung des Handelsvolumens
320 speziell von Derivaten bewirken. Die Einnahmen aus der Steuer sollen dazu dienen, Entwicklung zu
321 ermöglichen und Armut zu bekämpfen und damit die Sustainable Development Goals der Vereinten
322 Nationen (*Nachhaltigkeitsziele*) umzusetzen.

323 ***Steuergerechtigkeit herstellen***

324 **Eine Reform des gesamten Steuersystems ist notwendig. Sofort umsetzbar wären eine stark**
325 **progressive Besteuerung von Vermögen und Einkommen mit Erhöhung der**
326 **Spitzensteuersätze, die Reform der Erbschaftsteuer, die Einführung der Finanztrans-**
327 **aktionssteuer, die Reaktivierung der Vermögenssteuer sowie einer Abgabe auf sehr große**
328 **Vermögen und vieles andere mehr.**

329 ***Kredite für soziale und ökologische Projekte***

330 Die Vergabe von Krediten soll sich danach orientieren, soziale und ökologische Produktion zu
331 fördern. Schulden, Kapital, Geld und Kredite sollen dorthin gesteuert werden, wo sie nachhaltig den
332 ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen dienen.

333 ***Schulden streichen***

334 Die bisherigen Maßnahmen der G20-Staaten – zum Beispiel ein Schuldenmoratorium für die
335 ärmsten Länder - haben keine substantiellen Schuldenerlasse ermöglicht. Benötigt wird ein
336 internationales, transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten
337 Nationen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Entschuldungsmaßnahmen allen Menschen zugute

338 kommen. Die Bundesregierung hat sich nominell zu dieser Forderung im aktuellen Koalitions-
339 vertrag bekannt, aber es liegt an der Zivilgesellschaft, den nötigen Druck aufzubauen, um dies
340 wirklich in Angriff zu nehmen.

341 **International handeln**

342 Unter anderem durch den Abschluss von Investitionsschutzabkommen wurde das internationale
343 Recht in den letzten Jahrzehnten dahingehend umgestaltet, dass die Freiheit der Investor*innen
344 praktisch nicht eingeschränkt werden kann. Um das wieder zu ändern, bedarf es konzertierten
345 internationalen Handelns. **Es soll auch über eine zumindest EU-weite Harmonisierung der**
346 **Besteuerung von Unternehmen nachgedacht werden, um die Auslagerung von Unternehmen**
347 **in Gebiete mit geringer Besteuerung zu verhindern und Steuerflucht zu bekämpfen. Das**
348 **internationale Wirtschaftsrecht soll so umgestaltet werden, dass alle Shareholder von**
349 **Unternehmen und Institutionen für die von ihnen verursachten gesundheitlichen,**
350 **ökologischen und sozialen Schäden nicht nur in Höhe der jeweiligen Einlagen, sondern des**
351 **gesamten privaten Vermögens haften**

352 **2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal**

353 Die neoliberale Globalisierung hat die Welt an ihre ökologischen Grenzen gebracht. Produktion und
354 Transport immer größerer Warenströme, die in immer kleinteiligeren Lieferketten unter Ausnutzen
355 niedrigst möglicher sozialer und ökologischer Standards hergestellt werden, haben die
356 Klimakatastrophe und den Verlust der Artenvielfalt vorangetrieben. Der Gegensatz von Reich und
357 Arm wurde innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten verschärft. Der ökonomische
358 Gegensatz zwischen reichen Industrieländern und rohstoffexportierenden armen Ländern hat sich –
359 mit wenigen Ausnahmen - wieder verstärkt. Ein wichtiger Treiber der neoliberalen Globalisierung
360 sind multi- und bilaterale Handelsabkommen, die auf völkerrechtlicher Ebene ein neoliberales
361 Regelwerk etablieren.

362 **2.1. Was ist das Problem?**

363 Das neoliberale Handelssystem setzt auf Zurückdrängen von staatlicher Regulierung, Öffnung
364 von Märkten, Liberalisierung von Kapitalflüssen und Dienstleistungen; es dynamisiert
365 Wachstum um jeden Preis und schadet Mensch und Umwelt.

366 Eine zentrale Rolle bei der weltweiten Durchsetzung dieser Handelsregeln spielt die 1994
367 gegründete Welthandelsorganisation WTO. Im Interesse einflussreicher Industrienationen und
368 global agierender Konzerne wurde ein neoliberales Handelsregime institutionalisiert, das für
369 die Unterzeichnerstaaten völkerrechtliche Geltung hat. Mit ihren drei Kernabkommen GATT,
370 GATS und TRIPS zielt die WTO im Wesentlichen auf Liberalisierung des Warenhandels durch
371 Zolllsenkungen (GATT), auf Marktöffnung und Liberalisierung auch von öffentlichen
372 Dienstleistungen (GATS) sowie den Schutz von geistigem Eigentum (TRIPS).

373 Die Verpflichtung zu Marktzugang und Zolllsenkungen beim Handel mit Gütern (GATT)
374 schränkt insbesondere für arm gemachte Länder die Möglichkeiten ein, ihre Industrie und ihre
375 Landwirtschaft vor der Konkurrenz globaler Konzerne zu schützen und wirft sie auf die Rolle
376 von Rohstofflieferanten zurück. GATS (Handel mit Dienstleistungen) engt die staatliche
377 Handlungsfähigkeit durch Beschränkung auf zulässige innerstaatliche Regulierungen ein. So
378 dürfen in den liberalisierten Dienstleistungssektoren Gesetze und Verordnungen nur erlassen
379 werden, wenn sie keine „unnötigen Hemmnisse für den Handel mit Dienstleistungen
380 darstellen“ (GATS Art. VI, 4). Das heißt, staatliche Regulierungen im Interesse des
381 Gemeinwohls treten hinter Vermarktungsinteressen zurück. Das TRIPS-Abkommen wiederum

382 sichert die Profitinteressen von Konzernen, indem es zum Beispiel Patente auf Medikamente
383 zwanzig Jahre lang vor billigeren Generika schützt und verhindert, dass Menschen mit
384 notwendigen Medikamenten versorgt werden.

385 Ein machtvolles Instrument der WTO ist ihr Streitbeilegungsmechanismus zur Regelung
386 zwischenstaatlicher Handelskonflikte. Alleinige Entscheidungsgrundlage für die Urteilsbildung
387 ist das WTO-Handelsrecht. Menschenrechte, internationale Arbeitsnormen oder Umweltschutz
388 stellen keine Entscheidungskategorien dar. Im Gegenteil: Nachhaltigkeitsziele können ganz im
389 Interesse von Konzernen als Handelshemmnisse interpretiert werden.

390 Da die WTO nicht als Organ der Vereinten Nationen gegründet wurde, ist sie auch nicht an
391 deren multilaterale Arbeits-, Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsabkommen gebunden.

392 Die EU strebt seit 2006 verstärkt bilaterale Handelsabkommen an und geht damit sogar über
393 die Liberalisierungsregeln der WTO hinaus. Von besonderer Bedeutung sind die
394 Freihandelsabkommen der neuen Generation, auch "WTO-plus-Abkommen" genannt. Prototyp
395 ist das CETA-Abkommen mit Kanada.

396 Abkommen dieses Typs integrieren die WTO-Bestimmungen und fügen weitere Elemente
397 hinzu, die die staatliche Regulierungsrechte und parlamentarische Gesetzgebungshoheit
398 einschränken:

399 - So sind in diesen Verträgen Ausschusssysteme („*Gemischte Ausschüsse*“/*Joint Committees*
400 *mit diversen Sonderausschüssen*) installiert, die im Interesse des fortlaufenden Abbaus von
401 technischen, sozialen oder ökologischen Handelshemmnissen mit weitreichenden Kompetenzen
402 ausgestattet sind. Zusammengesetzt aus Mitgliedern der EU-Kommission und der Regierung
403 des jeweiligen Vertragslandes können die Ausschüsse bindende Beschlüsse fassen, ohne das
404 EU-Parlament oder die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten beteiligen zu müssen. Ihre
405 Entscheidungsbefugnisse betreffen Fragen von erheblicher Tragweite, etwa zur
406 Vertragsänderung, zur Regulierung des Finanzsektors oder zur Zulassung von Agrochemie.

407 - Ausländischen Investoren resp. transnationalen Konzernen werden Sonderklagerechte gegen
408 Staaten eingeräumt. Im Wege von Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) können diese ihre
409 Gaststaaten unter Umgehung von nationalem Recht vor einem sog. Investitionsgerichtssystem
410 (ICS) auf Entschädigungszahlung verklagen, wenn sie ihre Gewinne durch schärfere
411 Regulierungen beeinträchtigt sehen. Den umgekehrten Klageweg von Staaten oder Bürgern
412 gegen Konzerne sieht diese Sonderjustiz nicht vor.

413 - Auch die Liberalisierungspflichten für öffentliche Dienste wie Wasser, Energie oder ÖPNV
414 gehen in den EU-Handelsverträgen über das Niveau der WTO hinaus. Mit dem Verbot der
415 Priorisierung lokalen Wirtschaftens oder dem Zugriff auf die öffentliche Beschaffung sind
416 klima- und sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten wie die Förderung regionaler
417 Wertschöpfungskreisläufe erheblich beschränkt.

418 Trotz der sich zuspitzenden ökologischen und sozialen Krisen enthält keiner der bislang
419 ausverhandelten oder ratifizierten Freihandelsverträge der EU wirksame Mechanismen zur
420 Durchsetzung von Menschenrechten, Arbeitsnormen oder Klimazielen. Der Handel mit
421 klimaschädlichen Produkten wie fossilen Energien oder Autos ist dagegen sanktionsbewehrt
422 durch zwischenstaatliche Streitbeilegungsmechanismen geschützt.

423 Nicht zuletzt fördern besagte Freihandelsabkommen neokolonialen Extraktivismus, bei dem die
424 reichen Länder des Nordens Rohstoffe aus den arm gemachten Ländern des Südens ausbeuten.

425 Auch „grüner Extraktivismus“ zur Rohstoffbeschaffung für die europäische Energiewende
426 zählt dazu. Neokolonialer Extraktivismus zwingt Länder des globalen Südens in die Position
427 von Rohstofflieferanten, was ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung und Wertschöpfung
428 behindert und mit verheerenden Folgen für die Umwelt, das Klima und Menschenrechte
429 einhergeht.

430 **2.2. Was will Attac?**

431 Attac fordert eine Kehrtwende in der Handelspolitik und setzt sich ein für eine gerechte,
432 ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung mit gleichberechtigter internationaler
433 Zusammenarbeit und demokratischen Wirtschaftsstrukturen. Diese räumt den Interessen von
434 Menschen und Gemeinschaften, den universellen und unteilbaren Menschenrechten, einer
435 sozial gerechten Verteilung der Wertschöpfung, guten Arbeitsbedingungen und der Bewahrung
436 der natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang vor Profitinteressen ein.

437 - Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Pariser Klimaübereinkommen, die
438 Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die UN-Nachhaltigkeitsziele
439 (*Sustainable Development Goals, SDGs*) müssen verbindliche und sanktionierbare Vorgaben
440 der internationalen Handelspolitik sein. Entsprechend muss die WTO perspektivisch aufgelöst
441 werden. Die internationalen Handelsregeln sind auf UN-Ebene auszuhandeln und zu
442 beschließen.

443 - Handelsabkommen, die staatliche Regulierungsrechte gegenüber der Wirtschaft beschränken
444 und die Gesetzgebungshoheit von Parlamenten aushebeln, dürfen nicht mehr abgeschlossen
445 werden. Bestehende Verträge dieser Art sind neu zu verhandeln oder zu kündigen.
446 Sonderklagerechte für Konzerne und ausländische Investoren gegen Staaten müssen
447 abgeschafft werden.

448 - Die Ausweitung des Welthandels mit energieintensiven Transportwegen muss zurückgefahren
449 werden und regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. **Dies gilt insbesondere für den
450 Anbau und die Verarbeitung von Lebensmitteln. Wir sind für eine regionale Landwirtschaft,
451 die Förderung kleiner und mittlerer Höfe und gegen eine Agrarindustrie.**

452 - **Das internationale politische System, das Völkerrecht, das internationale Handels- und
453 Steuerrecht und der Umgang mit den internationalen globalen Regionen außerhalb
454 nationaler Territorien (Arktis, Antarktis, Ozeane) muss unter Einbeziehung aller in den UN
455 vertretene Nationen weiterentwickelt werden, um für die bevorstehenden ökologischen und
456 klimatischen Veränderungen demokratische und sozial verträgliche politische Lösungen zu
457 finden. Dazu gehört auch die Unterwerfung aller UN-Mitgliedsstaaten sowie international
458 agierender Konzern und Institutionen unter die Gerichtsbarkeit internationaler
459 demokratisch konstituierter Gerichtshöfe.**

460 **2.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

461 - Wir kämpfen für die Abwehr neoliberaler Freihandelsabkommen der EU und suchen das Bündnis
462 mit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, der Klimabewegung und Gewerkschaften.

463 - Wir setzen uns ein für einen verbindlichen UN-Vertrag für menschenrechtliche Pflichten von
464 Unternehmen (*Binding Treaty*) und fordern die Bundesregierung auf, aktiv für ein offizielles EU-
465 Verhandlungsmandat zu einem verbindlichen UN-Abkommen einzutreten.

466 - Zugleich engagieren wir uns für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, das Unternehmen dazu
467 verpflichtet, Menschen, Klima und Umwelt entlang ihrer gesamten Lieferkette zu schützen.

468 **3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken!**

469 "Privat vor Staat" ist eine der zentralen Botschaften neoliberaler Politik. Nur Reiche können sich
470 einen Staat ohne soziale Leistungen und mit einer schlechten öffentlichen Infrastruktur leisten. Ein
471 gutes Leben für alle braucht eine gesellschaftlich organisierte, gut funktionierende und allen
472 zugängliche öffentliche Infrastruktur.

473 **3.1. Was ist das Problem?**

474 Ein wesentliches Element der neoliberalen Phase des Kapitalismus ist die Privatisierung
475 öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf öffentlichen Vermögens. Wohnungen wurden
476 teilweise zu Spottpreisen an Investor*innen verkauft, ebenso wie Stadtwerke, Krankenhäuser und
477 Verkehrsunternehmen. Die Bahn wurde inklusive Schienennetz in ein privatrechtliches
478 Unternehmen in öffentlicher Hand umgewandelt. Bei sogenannten Public-Private-Partnerships
479 (PPPs) geht die öffentliche Hand in unterschiedlichen Formen langfristige wirtschaftliche
480 Beziehungen mit Privatunternehmen ein, um öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann
481 in Form der Beteiligung von privaten Unternehmen an öffentlichen Unternehmen sein, in Form von
482 langfristigen Verträgen, bei denen Private öffentliche Gebäude oder Infrastruktur errichten und
483 diese an staatliche Einrichtungen „vermieten“, oder in Form einer kompletten Übertragung
484 öffentlicher Aufgaben an Private. PPPs können als Teilprivatisierung gesehen werden, sind aber
485 vor allem deshalb problematisch, weil sie Privaten langfristige Profite bei der Erstellung von
486 öffentlichen Dienstleistungen auf Kosten der Bürger*innen garantieren.

487 Auch vor den Sozialversicherungssystemen hat der Privatisierungswahn nicht Halt gemacht. In
488 manchen Ländern wurden sie komplett privatisiert. In Deutschland wurden Elemente
489 kapitalgedeckter Systeme in das umlagefinanzierte System eingefügt.

490 Begründet wurden die Privatisierungen mit der Ineffizienz der öffentlichen Dienste und der
491 Notwendigkeit, über Verkäufe öffentlichen Vermögens Staatsschulden abzubauen. Tatsächlich ging
492 es darum, Anlagemöglichkeiten für Vermögende, Versicherungen, Banken sowie Pensions- und
493 Staatfonds zu schaffen, die gute und abgesicherte Renditen garantieren.

494 Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleistungen würden
495 billiger und besser werden. Eine weitere Begründung war der Abbau der Staatsverschuldung und
496 eine Verringerung der Schuldenlast für die öffentliche Hand. Statt zu besseren und billigeren
497 Dienstleistungen kam es oft zu Verteuerungen und Leistungsabbau. Gelohnt haben sich
498 Privatisierungen vor allem für Kapitalanleger*innen. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind
499 private entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt.

500 Neoliberale Freihandelsabkommen, die EU-Verträge und WTO-Regeln haben durch
501 Liberalisierungsverpflichtungen Privatisierungen befördert und erschweren es auch,
502 Privatisierungen rückgängig zu machen. Investitionsschutzabkommen wiederum sichern durch
503 Sonderklagerechte für Konzerne diese Gewinne ab und erschweren oder verhindern
504 Vergesellschaftungen.

505 **3.2. Was will Attac?**

506 Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Dazu gehören **unter anderem**
507 Gesundheitsversorgung, Pflege, Bildung, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Bereiche des
508 Wohnungsmarktes sowie digitale Infrastruktur. Nur so kann die Grundversorgung und Teilhabe für
509 alle gesichert werden. Eine Profitorientierung hat hier nichts verloren, weil sie dazu führt, dass
510 notwendige Leistungen schlecht erbracht oder ganz vorenthalten werden oder die Infrastruktur nicht
511 hinreichend instandgehalten wird.

512 Darüber hinaus kann die Vergesellschaftung von Unternehmen ein wesentliches Element bei der
513 sozial-ökologischen Transformation sein. Öffentliche Unternehmen müssen dabei stärker als in der
514 Vergangenheit demokratisch gestaltet sein. Es reicht nicht aus, wenn politische Mandats-
515 träger*innen in Aufsichtsräten sitzen. Diejenigen, die von ihren Dienstleistungen abhängig sind,
516 also Mieter*innen bei Wohnungsunternehmen, Stromabnehmer*innen im Energiebereich und
517 Patient*innen im Gesundheitswesen müssen ebenso mitentscheiden können wie die Beschäftigten
518 sowie Umwelt- und Sozialverbände. Dafür müssen an die jeweiligen Betriebszwecke angepasste
519 Gremien geschaffen werden, in denen alle Beteiligten gleichberechtigt die strategischen
520 Entscheidungen für das Unternehmen treffen und keine der Gruppen andere übergehen kann. Die
521 Unternehmen sollten nicht privatrechtlich organisiert sein, sondern in öffentlich-rechtlicher Form,
522 beispielsweise als Anstalt öffentlichen Rechts. Ihr gemeinwohlorientierter Unternehmenszweck
523 muss gesichert sein und sie müssen dauerhaft vor Privatisierung geschützt sein.

524 **3.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

525 ***Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und*** 526 ***Wohnungsunternehmen vorantreiben***

527 An vielen Stellen hat sich Widerstand gegen Privatisierungsmaßnahmen entwickelt, vor allem auf
528 der lokalen Ebene. Teilweise konnten Privatisierungen, vor allem im Bereich der
529 Wasserversorgung, verhindert oder rückgängig gemacht werden. Inzwischen werden sogar
530 Stadtwerke und neue öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegründet. Dies ist eine erfreuliche
531 Entwicklung, die aber bei weitem nicht ausreicht: Die rekommunalisierten Unternehmen müssen
532 demokratisiert und ausgerichtet an sozialen und ökologischen Prinzipien geführt werden.

533 ***Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden***

534 Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vor allem durch Fallpauschalen, Zuzahlungen und die
535 Privatisierung von Kliniken muss umgehend rückgängig gemacht werden. Art und Umfang einer
536 medizinischen Behandlung muss sich ausschließlich am Bedarf orientieren und nicht an Kosten
537 oder Profitmöglichkeiten. Notwendige Kosten der Gesundheitsversorgung müssen öffentlich
538 finanziert werden. Mit der Gesundheitsversorgung dürfen keine Profite erzielt werden, privatisierte
539 Krankenhäuser müssen wieder von der öffentlichen Hand übernommen und demokratisiert werden.

540 ***Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten***

541 Wer Zugang zu guter Bildung auch in Form von digitaler Grundversorgung und Aus- und
542 Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb
543 muss Bildung - im Wesentlichen öffentlich organisiert und finanziell wie personell gut ausgestattet
544 - allen unabhängig von ihren ökonomischen Ressourcen zur Verfügung stehen.

545 ***Die Deutsche Bahn demokratisieren, nicht privatisieren***

546 Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene
547 Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut sowie günstig und barrierefrei zu nutzen ist. Dies kann eine
548 privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer*innen befriedigen muss,
549 nicht leisten; ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche
550 Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt-
551 und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen
552 Entscheidungen beteiligt werden.

553 ***Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst***

554 Der öffentliche Dienst muss personell und finanziell gut ausgestattet sein. Die Beschäftigten
555 brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung, um gute Dienstleistungen erbringen zu
556 können.

557 **Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen**
558 **erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern**
559 Viele Freihandelsabkommen enthalten Regelungen, die durch Liberalisierungsverpflichtungen
560 Marktöffnungen erzwingen und Privatisierungen Vorschub leisten. Deutschland bzw. die EU
561 müssen solche Abkommen verlassen oder sie kündigen. Investitionsschutzabkommen, die
562 Sonderklagerechte für Konzerne vorsehen (ISDS oder ICS), verhindern unter anderem auch die
563 Vergesellschaftung von Unternehmen oder Infrastruktureinrichtungen. Damit untergraben sie das
564 Recht von lokalen Gemeinschaften und Staaten, demokratisch über die Form zu bestimmen, in der
565 überlebenswichtige Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das
566 Gesundheitswesen organisiert werden.

567 **4. Krieg und Militarisierung**

568 Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich, auch die Anzahl bewaffneter
569 Konflikte erreicht neue Höchststände und die Intensität von gewaltsamen Auseinandersetzungen
570 nimmt zu. Staaten ringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von
571 Lieferketten und Rohstoffquellen. Das Militär wird aufgerüstet. Nationalismus, Hass und
572 Fundamentalismus nehmen weltweit zu.

573 **4.1. Was ist das Problem?**

574 Kriege machen Zerstörung, Gewalt und Tod zum Alltag. Sie führen zu unzähligen Toten und
575 Verletzten an den Fronten. Sie richten sich gegen ganze Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen
576 Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Krieg nimmt sexuelle Gewalt zu und
577 Vergewaltigung wird zur Waffe. Traditionelle **Geschlechterrollen** gewinnen **wieder** an Bedeutung,
578 die Rechte von FLINTA*s werden eingeschränkt und Abweichungen sanktioniert. Menschen
579 müssen fliehen und werden ausgegrenzt.

580 **Die Globalisierung hat den Krieg verändert.** Innerstaatliche **militärische** Konflikte haben massiv
581 zugenommen – oft **geprägt durch** Spätfolgen der Kolonialisierung **und neoliberale Politik**. Viele
582 Soldaten sind zwangsverpflichtet und unterliegen in arm gemachten Ländern des Südens häufig
583 auch ökonomischen Zwängen. **Interventionen in Bürgerkriege haben sich laut des**
584 **Friedensforschungsprojekts UCDP innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte vervielfacht.** Die
585 weiter andauernden Kriege im Jemen oder in Syrien zeigen, wie Konflikte zu **Verbrechen**
586 unglaublichen Ausmaßes eskaliert werden, statt dezentrale und selbstbestimmte Lösungen vor Ort
587 zu ermöglichen. War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA
588 und ihrer Kriege dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um
589 neuen Einfluss ringenden Nationen ist lang. Die USA versucht, ihren Weltmachtstatus mit allen
590 wirtschaftlichen und militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten, und die Konkurrenz mit China um
591 Einflussphären und die globale Führungsrolle droht in eine direkte Konfrontation umzuschlagen.
592 **Die seit der Jahrtausendwende andauernde Aufrüstung verschärft sich seit dem russischen**
593 **Angriff auf die Ukraine erneut drastisch. Die zunehmenden Exporte der Rüstungsindustrie**
594 **dienen auch zur militarisierten Abwehr Geflüchteter und zum Ausbau gewaltsamer**
595 **innenpolitischer Repression. Die Kosten von Kriegen und Rüstung sind enorm. Die**
596 **Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs erscheint so hoch wie lange nicht mehr.**

597 Die **Bedeutung und die Macht des Militärs** zeigt sich auch beim Klimaschutz: Als einziger Sektor
598 ist das Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal
599 erwähnt. Dabei sind die Emissionen von Kriegsschiffen oder Kriegsflugzeugen gewaltig. Militär
600 geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob in Kriegszeiten, in Manövern oder

601 zur Aufrechterhaltung der Militärlogistik. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind
602 **auch eine ökologische Notwendigkeit.**

603 **4.2. Was will Attac?**

604 Es braucht **eine multilaterale und demokratische Weltordnung und zivile Konfliktlösungen. Als**
605 **Bildungsbewegung klären wir über die Gefahren der militärischen Logik und über**
606 **Möglichkeiten für eine solidarische und gewaltfreie Globalisierung auf.**

607 Sicherheit muss neu gedacht werden: Die **enormen Mittel**, die für **Krieg und Aufrüstung**
608 aufgewendet werden, sollten genutzt werden für die Bekämpfung der Klimakrise, und um ein gutes
609 Leben für alle zu verwirklichen. Statt Rüstung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit für
610 alle und vielfältige Kunst und Kultur.

611 **4.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

612 ***Zivile Konfliktlösung***

613 Internationale Organisationen müssen ausgebaut werden und präventiv **versuchen**, Konflikte zu
614 verhindern. **Neben einer Stärkung der Vereinten Nationen müssen auch regionale**
615 **Sicherheitsarchitekturen geschaffen werden**, um frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen
616 zu finden. Dem steht der deutsche Anspruch entgegen, eine militärische Führungsmacht zu werden.
617 Als EU- und NATO-Mitglied ist Deutschland in vielen militärischen Konflikten weltweit involviert.
618 Militärische **Block-Bündnisse wie die NATO sollten von Systemen hinreichender gemeinsamer**
619 **Sicherheit für alle ersetzt werden.** Die Militarisierung der Außenpolitik muss beendet und
620 stattdessen zivile Konfliktlösung unterstützt werden.

621 ***Mit Globalisierungskritik Kriegen vorbeugen***

622 Kriege stützen die Globalisierung von Macht und Profiten. Die kapitalistische Wachstumslogik
623 wird militärisch abgesichert und durchgesetzt. Infolge der neoliberalen Neuordnung der Welt
624 nehmen Konflikte zu, denn die ökonomische und politische Destabilisierung vieler Regionen trägt
625 zu Krieg und Terrorismus bei. Durch unsere grundsätzliche Globalisierungskritik stellen wir daher
626 **eine wesentliche Grundlage von Kriegen in Frage. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ist**
627 **eine wichtige Grundbedingung für eine friedlichere Welt. Der Einsatz für ein Ende der**
628 **Ausbeutung arm gemachter Länder und für soziale Rechte für alle, zum Beispiel in der**
629 **Handelspolitik, beugt auch militärischen Konflikten vor.**

630 ***Bewegungen weltweit stärken***

631 Wir sind solidarisch mit den Bewegungen **überall auf der Welt**, die gegen Krieg, Aufrüstung und
632 Militarisierung auf die Straße gehen und sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen. Unser Protest
633 gegen **Krieg** ist global – nationalistische Versuche der Vereinnahmung lehnen wir ab, **und wir**
634 **bemühen uns um den Abbau von Vorurteilen und Ressentiments.** Die Beteiligung an Kriegen
635 und militärischer Gewalt skandalisieren wir öffentlich und üben Druck aus auf die Beteiligten. Das
636 Recht auf Selbstverteidigung erkennen wir dabei an. **Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung**
637 **und Fahnenflucht muss uneingeschränkt gelten. Wer deshalb verfolgt wird, hat ein Recht auf**
638 **Asyl.**

639 ***Globale Abrüstung***

640 In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein.
641 Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Verträge zur
642 Rüstungskontrolle müssen ausgebaut **oder wiederbelebt** werden, insbesondere unterstützen wir den
643 Atomwaffenverbotsvertrag.

644 Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den Angriffen der Türkei auf die
645 kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen beteiligt. Stattdessen braucht es
646 eine Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion. **Seit dem russischen Angriff auf**
647 **die Ukraine** wird die Aufrüstung Deutschlands **in einem vorher nicht durchsetzbaren Maß**
648 massiv vorangetrieben. Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen.

649 **5. Soziale Sicherheit für alle**

650 Soziale Sicherheit ist ein globales soziales Recht. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und
651 zu sozialer Infrastruktur für alle und überall als Grundlagen für ein gutes Leben ist eine wesentliche
652 Forderung von Attac. Attac setzt sich für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums
653 ein und somit auch für eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme. **Mit Aufgaben**
654 **der Daseinsvorsorge darf kein Gewinn erzielt werden.**

655 **5.1. Was ist das Problem?**

656 Noch nie wurden so viele Güter und Dienstleistungen hergestellt wie heute. Es ist genug für
657 alle da. Niemand müsste hungern, frieren oder von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen
658 sein. Dass die einen viel haben und die anderen ums Überleben kämpfen, liegt allein an der
659 ungerechten Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, die immer ungerechter
660 wird.

661 Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist in erster Linie der Zugang zu einem
662 ausreichenden Einkommen und zu sozialer Infrastruktur. Dabei spielen neben den Einkommen
663 aus Erwerbsarbeit und Vermögen (wie aus einem eigenen Betrieb, einer Vermietung etc.) auch
664 Einkommen aus den sozialen Sicherungssystemen eine bedeutende Rolle. Diese werden teils
665 aus Steuern und teils aus Versicherungsbeiträgen finanziert. Ihre Finanzierung ist ebenso wie
666 die Höhe der Leistungen und der Zugang dazu immer gesellschaftlich umkämpft, denn wenn
667 bei der Aufteilung des gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtums der Anteil für soziale
668 Leistungen steigt, schmälert dies gleichzeitig den Anteil für Gewinne aus Vermögen.

669 Soziale Bewegungen haben im Laufe der Geschichte **höhere Löhne und ein Mindestmaß an**
670 **sozialer Sicherheit gegen Unternehmen und Staat** erkämpft. **Diese Erfolge wurden aber -**
671 insbesondere auch als Folge der zurückgehenden Macht von Gewerkschaften - von antisozialer
672 Politik wieder zurückgedrängt und abgebaut; so auch im Zuge der neoliberalen Globalisierung, **um**
673 **die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU zu verbessern. Ein Beispiel ist die**
674 **Absenkung der gesetzlichen Altersrente. Gleiches gilt für die Leistungen der öffentlichen**
675 **Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel der Umfang der Leistungen im Gesundheitswesen.**

676 **Jedoch:** Die Absicherungen gerade in Ländern wie Deutschland sind im Kern an einem
677 unterstellten Normalarbeitsverhältnis orientiert und deshalb meist nur dann auskömmlich, wenn
678 eine lange, meist männliche Erwerbsbiographie mit hinreichend hohem Einkommen zugrunde
679 liegt. Menschen ohne diese Biographie und ohne sonstiges Einkommen sind von Armut
680 betroffen. **Die erzeugte Armut soll und kann mit dem bestehenden Sicherungssystem nicht**
681 **abgeschafft werden, sie wird nur systemkonform verwaltet.** Menschen ohne gültigen
682 Aufenthaltsstatus sind gänzlich vom Zugang zum Sozialsystem ausgeschlossen. Sorgearbeit,
683 wie Kinderbetreuung, -erziehung oder Kranken- und Altenpflege, wird heute immer noch in
684 erster Linie auf FLINTA*s abgeschoben und schlecht oder gar nicht bezahlt. **Unser**
685 **Gesellschaftssystem wirkt nicht integrativ, sondern ausgrenzend. Menschen mit einer**
686 **Behinderung erhalten oft zu wenig Unterstützung, um am gesellschaftlichen Leben**

687 **teilnehmen zu können. Alte Menschen werden in unserer Leistungsgesellschaft beiseite**
688 **geschoben – es sei denn, sie verfügen über gefragtes Spezialwissen.**

689 **5.2. Was will Attac?**

690 Die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur müssen insgesamt so organisiert
691 sein, dass sie allen ein gutes Leben inklusive gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Es ist ein
692 globales soziales Menschenrecht und unabhängig von Geschlecht, **sexueller Orientierung**,
693 Alter, **Behinderung**, Herkunft oder Staatsbürgerschaft. Attac will den solidarischen Ausgleich
694 zwischen Menschen mit viel und wenig oder keinem Einkommen, sowohl national wie auch
695 global. Dies bedeutet, dass alle Menschen, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, hier
696 geboren oder eingewandert, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben, das gleiche Recht auf
697 soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung haben. Sorgearbeit soll als
698 gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert und entsprechend anerkannt und, wenn als
699 Erwerbsarbeit geleistet, gut bezahlt werden.

700 **Attac setzt sich ein für „gute Arbeit“ und will ausreichend hohe Löhne und**
701 **Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, für alle – egal, ob die Menschen in**
702 **Deutschland geboren sind, welches Geschlecht sie haben, oder ob es um Tätigkeiten geht,**
703 **die wenig wertgeschätzt werden.**

704 **5.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

705 Attac setzt sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein, indem unter
706 anderem Vermögen, Kapitaleinkommen, **Schenkungen** und Erbschaften höher **und progressiv**
707 besteuert und Menschen, die über wenig Einkommen verfügen, entlastet werden. **Durch diese**
708 **Maßnahmen und durch höhere Löhne** würde auch mehr Geld für die sozialen
709 Sicherungssysteme zur Verfügung stehen. Attac schlägt konkret vor:

710 ***Solidarische Bürgerversicherung***

711 Für eine gute Gesundheitsversorgung jenseits von Privatisierung und Gewinnstreben brauchen
712 wir eine solidarische Bürgerversicherung, aus der alle Menschen gleichermaßen Leistungen
713 nach ihren Bedarfen beziehen und die aus allen Einkommensarten finanziert wird - auch und
714 gerade durch Unternehmensgewinne und durch höhere Abgaben von Gutverdienenden, zum
715 Beispiel durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

716 Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf
717 europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme
718 lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.

719 ***Soziale Grundsicherung, gesellschaftliche Teilhabe***

720 Wir setzen uns auch für eine soziale Grundsicherung ein, die allen hier lebenden Menschen
721 unabhängig von ihrer Erwerbsbiographie, ihrem Familienstand und ihrer Nationalität zusteht
722 und so hoch ist, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet. **Menschen mit**
723 **Behinderung sollen die notwendige Unterstützung und Ausstattung niedrigschwellig**
724 **erhalten.**

725 ***Radikale Arbeitsumverteilung***

726 Attac setzt sich für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Nur eine radikale
727 Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich mindestens für untere und mittlere
728 Einkommensgruppen kann den notwendigen Abbau klimaschädlicher Produktion ohne
729 Massenarbeitslosigkeit auffangen und bildet die Voraussetzung für eine gerechte Verteilung auch
730 der Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern. **Ein weiterer Grund für die Forderung**

731 **nach radikaler Arbeitszeitverkürzung ist das hohe Einsparungspotential an Arbeitsstunden,**
732 **das für die Anwendung von künstlicher Intelligenz in der Arbeitswelt prognostiziert wird.**

733 ***Daseinsvorsorge nicht privatisieren***

734 **Wir beobachten eine zunehmende private Aneignung von Systemen der sozialen Sicherung**
735 **durch Konzerne und Finanzorganisationen weltweit. Die Verteidigung der öffentlichen**
736 **Daseinsvorsorge ist als Beitrag zu verstehen, den Zugriff des internationalen Finanzkapitals**
737 **auf die erkämpften Errungenschaften des Sozialstaats abzuwehren.**

738 ***Solidarische Städte***

739 Attac befürwortet Initiativen wie „Solidarische Städte“, die auf kommunaler Ebene die
740 Lebensbedingungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus verbessern, indem sie zum
741 Beispiel kommunale Personalausweise oder anonyme Krankenscheine ausstellen und den
742 kostenlosen Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglichen.

743 **6. Flucht/Migration**

744 Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration. Migration ist ein
745 Menschenrecht, für das sich Attac einsetzt.

746 **6.1. Was ist das Problem?**

747 Die Lage ist dramatisch: Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gewaltsame
748 Konflikte, wachsende globale Ungleichheiten, instabile politische Systeme, keine Perspektiven, die
749 immer stärkeren Auswirkungen der Klimakrise – alles Faktoren, die das globale
750 Migrationsgeschehen maßgeblich verändern und Betroffene vor große Herausforderungen stellen.
751 Tausende Menschen harren in provisorischen Flüchtlingscamps wie auf **Lesbos** ohne Unterkunft,
752 Nahrung, Trinkwasser und medizinische Versorgung aus. Frontex, die europäische
753 Grenzschutzbehörde, ist – auch unter Beteiligung deutscher Polizist*innen – ein Hauptakteur bei
754 unzählbaren Menschenrechtsverletzungen wie illegalen Pushbacks an der Außengrenze.
755 Menschen leben täglich in Angst vor der Abschiebung, obwohl sie seit Jahren hier wohnen und
756 arbeiten.

757 Länder, in denen regelmäßig Anschläge verübt werden, in denen Menschen politisch, aufgrund
758 ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit verfolgt
759 werden und unter katastrophalen ökonomischen Bedingungen leiden, werden von deutschen
760 Politiker*innen als sichere Herkunftsländer eingestuft. Das Thema Flucht wird von rechts
761 instrumentalisiert und Grenzregime werden gegen den Widerstand **aus der** Zivilgesellschaft
762 installiert. Die in der Unterstützung von Geflüchteten aktive Zivilgesellschaft wird zum Teil
763 behindert und kriminalisiert, muss aber gleichzeitig mit ehrenamtlicher Arbeit staatliche Defizite
764 ausgleichen.

765 Die Debatte über Flucht und Migration ist schon lange politisch und gesellschaftlich zentral, hat
766 jedoch bisher oft an den eigentlichen Ursachen für Flucht und Migration vorbeigeführt. Es wird
767 über Grenzsicherungen, Obergrenzen, Wirtschaftsflüchtlinge diskutiert, und darüber, dass
768 sogenannte Fluchtursachen bekämpft werden müssten.

769 Doch die vielfach verwobenen Herrschaftsverhältnisse (u.a. durch Geschlecht, Klasse, Nord-Süd-
770 Verhältnis, die Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen wie Wasser) zeigen ihre Wirkung in
771 jeglichen institutionellen Politiken wie der Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, aber auch in
772 Wertschöpfungsketten und dem Zugriff auf natürliche Ressourcen.

773 Kapitalismus, Klimakrise und Migration sind eng miteinander verstrickt. Beispielsweise wird mit
774 Kohleenergie Profit erwirtschaftet, aber die Kohleverbrennung führt zum Anheizen der
775 Klimaerwärmung, die wiederum Dürren auslösen kann und dadurch Menschen aus ihrer Heimat
776 vertreibt. Es gibt fließende Übergänge zwischen politischem Handeln, Ausbeutungsverhältnissen
777 und Flucht und Zwangsbewegungen, beispielsweise, wenn autoritäre Staaten vom Westen durch
778 Waffenexporte aufgerüstet werden und dadurch Menschen vertrieben werden.

779 Auch gibt es nicht die eine Fluchtursache, sondern es ist oft ein Problemgeflecht aus Armut, Folgen
780 des Klimawandels, Krieg und anderem. Gleichzeitig wird im vorherrschenden Diskurs die imperiale
781 Lebensweise der reichen Industrieländer vielfach ausgeblendet, die auf der Externalisierung ihrer
782 sozialen und ökologischen Kosten beruht. Das zeigt sich deutlich in den Auswirkungen der
783 Klimakrise, die maßgeblich von den reichen Ländern vorangetrieben wird, deren Auswirkungen
784 aber vor allem den Globalen Süden treffen. Lebensgrundlagen werden zerstört und zwingen
785 zunehmend zur Klimaflucht.

786 Auch europäische Handelspolitiken manifestieren oft das Fortwirken (post-)kolonialer
787 Abhängigkeiten und verschärfen Elend und Armut weiter. FLINTA*s sind dabei wie so oft
788 besonders betroffen, werden aufgrund ihres Geschlechts verfolgt und sind auf der Flucht
789 besonderen Gefahren ausgesetzt. Den Fachkräftemangel **in den Ländern des Nordens** durch das
790 Abwerben von migrantischen Fachkräften auszugleichen ist ebensowenig nachhaltig, sondern lagert
791 nur die Probleme **in die arm gemachten Länder des Südens aus und behindert deren eigene**
792 **Entwicklung.**

793 **6.2. Was will Attac?**

794 Eben diese Fluchtgründe sind aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Statt sie auf die
795 Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen, beispielsweise auf diktatorische Regime oder
796 Korruption, müssen strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen und
797 verändert werden. Denn die Fluchtursachen liegen nicht primär in den Herkunftsländern, sondern
798 im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen
799 (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus. Deshalb müssen sinnvolle
800 Maßnahmen dort ansetzen.

801 **6.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

802 Es braucht einen Paradigmenwechsel: Statt Grenzregimen fordern wir globale Bewegungsfreiheit:
803 Das Recht für alle Menschen frei zu entscheiden, wo sie leben möchten. Es gibt bereits einige
804 Ansätze, die Alternativen zur nationalstaatlichen Abschottung bieten: Solidarische Städte, "Urban
805 Citizenship" in Form eines kommunalen Personalausweises in Zürich, europäische Netzwerke der
806 Solidarität in Barcelona oder "sichere Häfen" in Deutschland. Weitere Forderungen sind
807 **konsequente Bekämpfung von Kriegsursachen**, die Änderung des Asylrechts und die
808 Anerkennung spezifischer Fluchtgründe wie die Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität oder
809 als Kriegsverweiger*in.

810 **7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.**

811 Die Klima- und Biodiversitätskrise ist weit fortgeschritten. Unsere Lebensgrundlage zu schützen
812 und zu erhalten ist national und global die Aufgabe mit höchster Dringlichkeit. Für
813 menschengemachten Klimawandel und Naturzerstörung tragen die reichen Länder die
814 Hauptverantwortung. Sie stehen hier in der Schuld der arm gemachten Länder des Südens. Deshalb
815 ist Klimagerechtigkeit ein zentrales Thema von Attac.

816 **7.1. Was ist das Problem?**

817 Die Industrialisierung geht von Beginn einher mit der Zerstörung der Natur, der Übernutzung
818 natürlicher Ressourcen, dem Artensterben und der Erderwärmung. Dies gilt für die westlichen
819 Länder ebenso wie für die ehemaligen sogenannten realsozialistischen Länder. Die kapitalistische
820 Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat diese Prozesse noch massiv beschleunigt und
821 weltweit ausgedehnt. Bereits heute müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr
822 bewohnbar ist. Ohne eine radikale Kehrtwende wird die Erde für uns Menschen unbewohnbar.

823 Das auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die
824 **Begrenztheit der Ressourcen der Erde** und ist aus diesem Grund nicht zukunftsfähig.
825 Marktprozesse sind blind gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen. Eine „Einpreisung“
826 von Naturzerstörung und Klimakosten beispielsweise über den Emissionshandel kann dies nicht
827 grundlegend verändern. Klimaschutz darf nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen bleiben und
828 kann nicht darin integriert werden. Der Schutz der natürlicher Ressourcen braucht verbindliche
829 Regeln, die in demokratischen Prozessen ausgehandelt werden müssen mit dem Ziel, die private
830 Verfügungsgewalt darüber abzuschaffen. **Der Schutz der Böden vor Übernutzung und**
831 **Zerstörung muss Priorität bekommen.**

832 **7.2. Was will Attac?**

833 Attac setzt sich ein für eine Politik der sozial-ökologischen Transformation (SÖT). Dabei ist
834 Klimagerechtigkeit ein wichtiger Baustein. Denn Menschen mit geringem Einkommen vor allem in
835 den arm gemachten Ländern des Südens tragen am wenigsten zur Naturzerstörung und der
836 drohenden Klimakatastrophe bei. Dennoch leiden sie am meisten unter den Folgen.
837 Unsere imperiale Lebensweise muss sich ändern. Unser Wirtschaftssystem und Konsummodell darf
838 nicht weiter auf Wachstum angewiesen sein, sondern ist in Richtung Kreislaufwirtschaft umzu-
839 bauen. Konzepte industrialisierter Landwirtschaft müssen nicht nur im Hinblick auf ihre Umwelt-
840 verträglichkeit hinterfragt werden.

841 Statt Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum
842 der Wirtschaft stehen.

843 **7.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

844 ***Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik***

845 Märkte müssen nach ökologischen Gesichtspunkten reguliert werden. Die Vergabe von öffentlichen
846 Aufträgen muss sich ebenso an ökologischen Vorgaben orientieren wie das Handeln des Staates
847 insgesamt.

848 ***Anders wirtschaften und konsumieren***

849 **Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen vor allem Bezieher*innen hoher Einkommen**
850 **und Eigentümer*innen großer Vermögen ihren Konsum reduzieren, um allen ein gutes Leben**
851 **zu ermöglichen.**

852 Eine Änderung des Konsumverhaltens wird nicht über Appelle funktionieren. Dazu muss die
853 Produktion der für ein gutes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen nach grundsätzlich
854 anderen Kriterien organisiert werden. Es muss demokratisch entschieden werden, was wofür
855 produziert werden soll **und was nicht notwendig ist**. Güter dürfen nicht auf Verschleiß konstruiert
856 werden, sondern müssen möglichst lange haltbar und vor allem reparierbar sein. In der
857 Nahrungsmittelproduktion ist eine bedürfnisorientierte, ökologische Landwirtschaft ohne weitere
858 Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.

859 **Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.**

860 Der Energieverbrauch muss grundsätzlich gesenkt und die **Energiegewinnung zu 100 Prozent**
861 **aus erneuerbaren Energieträgern erfolgen.** Zudem darf die Energiewende der Industrieländer
862 des Nordens nicht auf Kosten der Menschen des Globalen Südens gehen. Diese Externalisierung
863 mit all ihren negativen Folgen muss gestoppt werden.

864 Eine „grüne Wirtschaft“, die zentral auf technische Lösungen setzt anstatt Konkurrenz, Profit und
865 Wachstumszwang grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nicht nachhaltig sein. Energie darf keine
866 Ware sein. Der Grundbedarf an Energie muss für alle bezahlbar zur Verfügung gestellt werden. Die
867 Energieversorgung muss in gesellschaftlicher Hand dezentral und demokratisch organisiert werden.

868 **Böden schützen – Landschaften erhalten**

869 **Statt Regenwälder für die Rohstoffgewinnung und die industrielle Landwirtschaft zu roden,**
870 **sollen sie unter Schutz gestellt werden. Reiche Staaten sollten Ausgleichszahlungen leisten.**
871 **In Industriestaaten, wo es immer weniger intakte Böden und unzerstörte Landschaften gibt,**
872 **sollten keine weiteren Flächen bebaut oder für industrielle Landwirtschaft genutzt werden.**
873 **Bevor für Wohnen, Gewerbe und Industrie neue Flächen erschlossen werden, muss geprüft**
874 **werden, ob dieser Bedarf nicht anders zu decken ist, etwa durch die effektivere Nutzung**
875 **vorhandener Flächen. Industrielle Landwirtschaft soll so zurückgebaut werden, dass die**
876 **nötige Agrarwende hin zur ökologischen, die Böden schonende Landwirtschaft umgesetzt**
877 **werden kann. Vergesellschaftung, etwa von Grund und Boden, kann ein Mittel sein,**
878 **ökologischen und sozialen Aspekten den Vorrang vor der Profitmaximierung einzuräumen.**
879 **Klimafreundliche Mobilität für alle**

880 Eine klimafreundliche Mobilität bedeutet nicht in jedem Fall Verzicht, sondern wird in der Folge
881 an vielen Stellen unsere Lebensqualität sogar steigern.

882 Einschränkungen sind aber unumgänglich, denn unsere Mobilität ist einer der größten Treiber der
883 Klimaerwärmung. Der Flugverkehr muss zum Beispiel deutlich reduziert werden, indem
884 hierzulande etwa Flüge, zu denen es eine akzeptable Alternative mit der Bahn gibt, verboten
885 werden.

886 Der Zugang zu Mobilität ist zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und
887 naturschonende Mobilität, die auf barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel, auf Fuß- und Rad-
888 Verkehre setzt statt auf Autos und für alle bezahlbar ist. **Die Verkehrswende muss mehr sein als**
889 **eine Antriebswende von Verbrenner zum E-Auto, denn auch E-Autos haben einen enormen**
890 **Ressourcenverbrauch und verstopfen die Städte.**

891 **8. Demokratie**

892 Der Begriff Demokratie beinhaltet Ideale wie Partizipation und Souveränität **realisiert in**
893 **Strukturen, in denen Menschenwürde** und Grundrechte **gelten. Auf staatlicher Ebene wird er**
894 **mit Begriffen** wie Rechtsstaatlichkeit und **Gewaltenteilung** umschrieben. Er ist damit aber in
895 seiner Komplexität nur ansatzweise erfasst. Wie die utopischen Versprechen einer
896 „Volksherrschaft“, in der es Mitbestimmung, Gleichheit und Transparenz gibt, in
897 Gesellschaftsstrukturen direkt und umfassend realisiert werden können, bleibt Gegenstand
898 politischer Auseinandersetzungen. Dieser Auseinandersetzung muss sich jede **demokratische**
899 Gesellschaft laufend stellen. Um dies zu können, bedarf es einer umfassenden politischen Bildung.
900 Politische Bildung ist deshalb ein zentrales Anliegen von Attac.

901 **8.1. Was ist das Problem?**

902 Echte Demokratie **ist mehr als** Herrschaftslegitimation: **Sie ist Gesellschafts- und Lebensform.**
903 **Wo die „Herrschaft des Volkes“ auf regelmäßige Wahlen von Volksvertretern beschränkt**
904 **bleibt, ist sie nur ansatzweise realisiert.**

905 **Wenn** zudem Handlungszwänge wie Vorgaben eines „ausgewogenen Wirtschaftswachstums“ in
906 einer „wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ (Artikel 2 Absatz 3 EU-Vertrag) **existieren,**
907 **kollidiert dies mit demokratischen Idealen.**

908 Wenn Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Medienunternehmen zu zählen sind, oder reiche
909 Menschen **und Oligarchen** durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln beziehungsweise ihr
910 ökonomisches Kapital einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen
911 haben, insbesondere gegenüber Entscheidungsträgern in Parteien, Parlamenten **und Regierungen,**
912 kann solcher **Lobbyismus** nicht im Sinne von Demokratie sein. **Je asymmetrischer diese**
913 **unterschiedliche Organisations- und Durchsetzungsfähigkeit von Interessen im**
914 **Willensbildungsprozess ist, desto größer ist die Gefahr, dass Prinzipien von Demokratie und**
915 **Rechtsstaat verletzt werden.**

916 Systeme müssen als halbierte oder defizitäre Demokratien bezeichnet werden, wenn wesentliche
917 Bereiche, wie der Unternehmensbereich, nicht durchgehend demokratisch verfasst sind. **Dies gilt**
918 **auch, wenn** Freihandelsverträge über ihre Liberalisierungs- und Regulierungsverpflichtungen im
919 **Interesse** großer Konzerne in Staaten hineinregieren. Noch schlimmer ist es, wenn die EU-
920 Handelsverträge der neuen Generation (CETA & Co) es erlauben, **Entscheidungsebenen**
921 **einzuführen,** die den Parlamenten übergeordnet sind.

922 Wachsender Autoritarismus und Rechtspopulismus, wachsende **Überwachung, repressive**
923 **Polizeigesetze** und rechtsextreme Netzwerke sind Alarmzeichen **nicht nur für einen Mangel an**
924 **demokratischen Strukturen. Vielmehr sollen vorhandene Strukturen gezielt geschwächt**
925 **werden.**

926 **Entsprechendes gilt für Meinungsmanipulation in den „Sozialen“ und teils auch in**
927 **traditionellen Medien, wenn dort durch die Ausbreitung "alternativer Fakten" (gezielter**
928 **Falschinformationen), potenziert durch mittels KI erzeugter Fake-Bilder und Fake-**
929 **Videos, die Möglichkeiten der Bürger*innen, sich über die Realität zu einigen, untergraben**
930 **wird.**

931 In die Bresche springen Politiker*innen der extremen Rechten, die sich als die „wahre Stimme des
932 Volkes“ inszenieren, aber zugleich demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen
933 verächtlich machen und missbrauchen. Klar ist, dass eine Demokratie wehrhaft gegenüber
934 Rechtsextremismus sein und verteidigt werden muss.

935 **Eine vollständige Beschreibung des Problemfeldes Demokratie muss auch anerkennen, dass es**
936 in vielen Ländern keine allgemeinen, freien und gleichen Wahlen gibt und politische Opposition
937 nicht zugelassen oder stark behindert wird. **Die überwiegend autoritären Strukturen in diesen**
938 **Ländern sind häufig nicht zuletzt eine Folge von Kolonialismus, Imperialismus und**
939 **neokolonialer Ausbeutung durch die Länder, die sich ihrer eigenen Demokratien rühmen.**

940 **Im globalen Maßstab kann von einem gleichen Zugang zu demokratischen Beteiligungs-**
941 **möglichkeiten nur ansatzweise gesprochen werden. Denken wir nur an die Frage, wer bei**
942 **politischen Sachfragen tatsächlich** mitentscheiden darf, welche Rolle dabei der Pass, die
943 Verfügung über Eigentum und die Bildung **oder das Geschlecht** spielen.

944 **8.2. Was will Attac?**

945 Eine umfassende Transparenz auf allen Ebenen von Entscheidungsprozessen, die uns alle betreffen,
946 ist elementar. Dazu bedarf es mehr direkter Demokratie und demokratischer Gestaltungs-
947 möglichkeiten auf allen Ebenen. Dazu müssen Hemmschwellen für die Beteiligung **systematisch**
948 abgebaut werden. Eigentumsfrage und Demokratisierung hängen zusammen, deshalb ist eine
949 Ausdehnung demokratischer Prinzipien auch auf Wirtschaftsprozesse unabdingbar. Darum müssen
950 insbesondere demokratische Wege zur Vergesellschaftung geschaffen werden. **Demokratie darf**
951 **nicht nur Herrschaftsform, sie muss auch Gesellschafts- und Lebensform sein, wenn sie**
952 **Bestand haben soll.**

953 Auch wenn unsere aktuelle Demokratie klare Defizite hat, sollten wir sie nicht geringschätzen.
954 Unsere Solidarität mit allen Demokratiebewegungen weltweit ist ungebrochen. Unser Ziel **ist es**, die
955 Demokratie zu verteidigen und auszuweiten!

956 Demokratie ist ein Ideal. **Ihre Umsetzung ist ein offener Prozess. Dieser Prozess erfordert**
957 permanente Anstrengung. Diese Anstrengung lohnt sich aber allemal, nicht nur, um den Abbau von
958 Demokratie zu verhindern und sie vor der extremen Rechten zu schützen. **Diese Anstrengungen**
959 **sind zudem Voraussetzung dafür**, Grundrechte und die universellen Menschenrechte als
960 integralen Bestandteil von Demokratie zu verteidigen und Länder, in denen sie bisher fehlen, **auf**
961 **dem Weg, sie zu erreichen, zu unterstützen. Dies tun wir immer auch im Bewusstsein, dass es**
962 **in anderen Ländern und Kulturen durchaus andere Vorstellungen davon gibt, wie**
963 **Demokratie zu gestalten ist.**

964 **8.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

965 **Attac will die Sinne für die Notwendigkeit und Möglichkeit von Demokratisierung in allen**
966 **Lebensbereichen schärfen. Ein wichtiges Instrument sind** Bürger*innen-Entscheidungen **und andere**
967 **Elemente direkter Demokratie. Sie** weiten die Demokratie aus, da sie politische Prozesse für alle
968 sichtbar machen und gemeinsame politische Entscheidungen in Praxis überführen können.

969 **Demokratie braucht eine lebendige Zivilgesellschaft. In vielen Staaten werden deren**
970 **Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt. Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von**
971 **emanzipatorischen Organisationen in Deutschland ist eine dieser Einschränkungen und führt**
972 **zu einer Schwächung der Zivilgesellschaft. Sie muss zurückgenommen und es muss**
973 **klargestellt werden, dass die Beteiligung an der politischen Willensbildung unschädlich ist für**
974 **die Gemeinnützigkeit.**

975 Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, geopolitische Konkurrenz oder die
976 Klimakrise haben gezeigt, dass die neoliberale Verfasstheit der EU an ihre Grenzen gestoßen ist:
977 Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel dar, die für soziale
978 Bewegungen **Hebel** sein können, um strukturelle Änderungen voranzutreiben und glaubwürdig die
979 Demokratisierung der EU und ihre Abkehr von neoliberalen Prinzipien zu fordern.

980 Soziale Bewegungen wie die „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“- Kampagne zeigen mit
981 Elementen von direkter Demokratie, wie erfolgreich die Idee der Vergesellschaftung in die breite
982 Gesellschaft getragen werden kann, wenn Menschen sich organisieren. Der Schwerpunkt von
983 Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn Privatisierungen im
984 Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. **schaden den** Interessen der breiten
985 Bevölkerung! Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden,
986 um Modelle für demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben. Demokratisierung muss
987 mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden. Wir brauchen neue Konzepte der
988 Vergesellschaftung!

989 **9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus**

990 Die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen, werden durch die traditionelle binäre
991 Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf alle
992 Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft wegen ihres Geschlechts
993 Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA*s. Eine andere Welt
994 verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei Attac ein
995 wichtiges Thema.

996 **9.1. Was ist das Problem?**

997 Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind patriarchale,
998 geschlechtshierarchische Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern. Diese hat unter
999 anderem zur Folge, dass weiblich gelesenen Menschen die Zuständigkeit für die Sorgearbeit, für die
1000 unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte, wenig angesehene
1001 professionelle Care-Arbeit als angeblich naturbestimmt zugeschrieben wird. Diese
1002 gesellschaftlichen Strukturen haben auch Folgen für Entlohnung und Arbeitsbedingungen in
1003 anderen Berufen. Frauen verdienen oft deutlich weniger als Männer und arbeiten häufiger in
1004 untergeordneten Positionen.

1005 Da FLINTA*s bereits wegen ihres Geschlechts gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller
1006 Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie oft einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt, etwa
1007 aufgrund von Rassismus, ihrer sozialen Stellung, wegen einer Behinderung oder des Alters.

1008 Weltweit sind FLINTA*s von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung
1009 besonders betroffen, etwa durch die Klimakrise, in Kriegen, durch Ausbeutung in internationalen
1010 Lieferketten und anderes. Ihre Erfahrungen und Handlungsperspektiven werden im politischen
1011 Prozess jedoch oft nicht gehört. Patriarchale und heteronormative Strukturen sind tief in unserer
1012 Gesellschaft verankert. Auch homosexuelle Männer werden wegen ihrer sexuellen Orientierung
1013 diskriminiert, in manchen Staaten verfolgt und teilweise mit dem Tode bedroht.

1014 Die weltweiten feministischen Kämpfe gegen patriarchale Strukturen sind unverzichtbarer Teil
1015 unserer Bewegung. Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s wird immer
1016 wieder infrage gestellt, etwa durch körperliche Gewalt bis hin zu Femiziden als extremster Form
1017 patriarchaler Machtdemonstration. Ebenso ist sexuelle Belästigung eine Form von Gewalt, bei der
1018 es auch um die Demonstration von Macht geht.

1019 Die Verweigerung des Rechts auf die selbstbestimmte Entscheidung für ein Kind oder einen
1020 Schwangerschaftsabbruch ist eine weitere Machtdemonstration: Männer beanspruchen, über die
1021 Körper von Frauen zu bestimmen. Dabei wird – insbesondere in rechten Kreisen – oft das Ziel
1022 verfolgt, eine reaktionäre Bevölkerungspolitik durchzusetzen.

1023 **9.2. Was will Attac?**

1024 **Alle Menschen** sollten körperlich und sexuell gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können.
1025 Wir streiten für eine Welt, in der „Geschlecht“ keine relevante Kategorie für Lebenschancen,
1026 soziale und finanzielle Sicherheit, gesellschaftliche Rollen und Normen ist. Für ein Miteinander, in
1027 dem alle Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungs-
1028 prozessen teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit sowie reproduktive Arbeit tragen
1029 – weltweit!

1030 Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der
1031 keine Person mehr diskriminiert oder unterdrückt wird, weder aufgrund der geschlechtlichen
1032 Identität noch aufgrund der sexuellen Orientierung.

1033 **9.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

1034 Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische
1035 Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende
1036 sozial-ökologische Transformation.

1037 Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen
1038 von FLINTA*s orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle
1039 Verbesserungen und mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die
1040 Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, zum Beispiel durch geringere
1041 Gruppengrößen und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter
1042 Belastung.

1043 Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschläge auf nationaler Ebene, um
1044 sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s durchzusetzen. Attac engagiert sich zum Beispiel für
1045 die Umsetzung der „Istanbul-Konvention“, einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und
1046 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auch von häuslicher Gewalt. Zentral für uns ist auch die
1047 Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein **Selbstbestimmungsgesetz**, das die
1048 Forderungen von **intersexuellen, nicht-binären, trans und agender Personen nach dem Ende**
1049 **von Diskriminierung und Bevormundung einlöst.**

1050 Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit muss gleichberechtigt auf alle Geschlechter aufgeteilt
1051 werden. Diese Forderung bedingt eine radikale Arbeitszeitverkürzung – jede Person sollte Zeit für
1052 Care-Arbeit haben - und eine erhebliche Aufstockung der Beschäftigten im Sozial- und
1053 Gesundheitsbereich.

1054 Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter
1055 Diskriminierung. Dies betrifft zum Beispiel auch Männer, die (etwa als Erzieher in einem
1056 Kindergarten) als weiblich definierte Rollen einnehmen und es betrifft Männer, die sich nicht
1057 trauen, über eigene Schwäche(n) zu reden und um Hilfe zu bitten. Es liegt also auch im Interesse
1058 von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden. Allerdings sind die Vorteile und Privilegien
1059 für viele Männer weiterhin so attraktiv, dass sie bereitwillig und aktiv für die Aufrechterhaltung des
1060 Patriarchats agieren. Dies machen sich gerade Rechtsradikale zunutze. Es gibt jedoch auch immer
1061 mehr Männer, die solidarisch mit FLINTA*s für Gleichberechtigung kämpfen.

1062 In Attac achten wir zum Beispiel durch Quotierung und Awareness-Strukturen darauf, dass
1063 Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden. Das FLINTA*Plenum bietet die
1064 Möglichkeit zur eigenständigen Organisation. Wir denken Feminismus global und lernen unter
1065 anderem von den feministischen Streiks in Lateinamerika und in vielen Ländern Europas, mit denen
1066 durch eine befristete Niederlegung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit gegen Femizide,
1067 Gewalt und für eine Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Systems gekämpft wird.

1068 **Epilog**

1069 ***Eine andere Welt ist nötig und möglich***

1070 Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer
1071 Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die
1072 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen
1073 Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun
1074 Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.

1075 Dies ist nicht in einem großen Wurf geschehen, sondern indem widerständige Akteure zum Beispiel
1076 mit Streiks und Blockaden, intensiver Bündnisarbeit und breiter Unterstützung der
1077 Zivilgesellschaft beharrlich viele kleine und große Veränderungen an unterschiedlichen Orten
1078 durchgesetzt haben. Diese vielen Veränderungen haben insgesamt zu einer Transformation der
1079 Globalisierung geführt. Es wurden Spielräume eröffnet, die es ermöglichen, staatliche und
1080 internationale Institutionen und Gesellschaften zu demokratisieren, die sozialen Rechte der
1081 Menschen deutlich zu stärken und Profitstreben und Wachstumszwang zurückzudrängen. Die
1082 Anhäufung unverschämt hoher Vermögen wird weltweit geächtet. Dieser Transformationsprozess
1083 hat es auch ermöglicht, die Finanzmärkte restriktiv zu regulieren. Die sozial-ökologische
1084 Transformation ist weit fortgeschritten und die globalen Verhältnisse haben sich so stark verändert,
1085 dass der Kolonialismus als überwunden gilt. Alle Menschen haben weltweit ein freies Bewegungs-
1086 und Aufenthaltsrecht. Das Patriarchat ist Schnee von gestern, das sexuelle Selbstbestimmungsrecht
1087 für alle Geschlechter verwirklicht.

1088 Umfassende Steuer- und Sozialreformen zur Umverteilung von oben nach unten, zur sozialen
1089 Absicherung und gegen eine zerstörerische Klimapolitik sind durchgesetzt. Parallel wurde ein
1090 Demokratisierungsschub ausgelöst, der sich nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die
1091 Wirtschaft erstreckt. Die Vergesellschaftung von Unternehmen, die uns mit lebenswichtigen Gütern
1092 und Dienstleistungen versorgen und die gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit,
1093 Bildung, Wohnen und Mobilität erfüllen, ist weitgehend abgeschlossen. Gewählte, regionale
1094 Wirtschaftsräte und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen haben jetzt erweiterte
1095 Mitbestimmungsrechte. Gemeinsam mit den Nutzer*innen bestimmen sie darüber, welche Güter
1096 hergestellt, welche Dienstleistungen angeboten werden. Dadurch ist deren Auswahl nicht mehr in
1097 erster Linie am Profit, sondern am menschlichen Bedarf und Gemeinwohl orientiert und Wachstum
1098 ist nicht mehr oberstes Ziel des Wirtschaftens. Dies führt auch zur verringerten Herstellung
1099 schädlicher und unnützer Produkte.

1100 Die globalen Handelsbeziehungen, die lange von postkolonialen Machtverhältnissen geprägt waren,
1101 wurden grundlegend verändert. Sie sind heute gerecht gestaltet, Schulden wurden erlassen. Dies
1102 ermöglicht eine selbstbestimmte Entwicklung der arm gemachten Länder des Südens.

1103 Die Rechte der Natur sind in Verfassungen geschützt und anerkannt. Indigene Gemeinschaften sind
1104 vielerorts Vorbild für all jene Gesellschaften, die bisher Natur nur als ausnutzbare Ressource sahen.

1105 Güter werden inzwischen überwiegend in energieeffizienten und ressourcenschonenden, regionalen
1106 Wirtschaftskreisläufen und unter Anwendung von Recyclingverfahren produziert. Die
1107 Regionalisierung verringert den Transportbedarf, verkürzt die Wege zu Arbeit, Bildung und Freizeit
1108 und erleichtert die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität.

1109 Die vielen emanzipatorischen Projekte, ihre Praktiken, Organisationsformen und Forderungen
1110 finden heute ihren Ausdruck in vielfältigen, solidarischen Lebenszusammenhängen und prägen
1111 verstärkt auch das Zusammenleben in der gesellschaftlichen Mitte. Dem Nährboden rechtsradikaler
1112 und faschistischer Strömungen konnte dadurch weitgehend der Boden entzogen werden. Die
1113 Hierarchisierung von Menschen nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Pass hat an
1114 Bedeutung verloren und verschwindet zusehends.

1115 Gesellschaftliche Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität wurden dem
1116 Markt und Profitstreben entzogen und gemeinwohlorientiert organisiert. Dadurch wird Arbeit völlig
1117 anders bewertet: Ihr gesellschaftlicher Wert steht jetzt im Vordergrund. Care-Arbeit hat so die
1118 Aufwertung erhalten, die sie in humanen Gesellschaften braucht.

1119 Die weltweiten, aber regional durchaus unterschiedlichen Transformationsprozesse haben die
1120 neoliberale Form der Globalisierung mit ihren katastrophalen sozialen und klimatischen
1121 Auswirkungen zurückgedrängt. Profiterzielung spielt immer weniger eine Rolle, ist aber längst
1122 nicht ganz überwunden. Viele der eingetretenen Klimafolgen sind irreversibel, eine weiter
1123 Verschärfung der Situation konnte aber verhindert werden. Armut ist überwunden, und weitere
1124 Naturzerstörung gestoppt.

1125 Nach wie vor gibt es in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen diesen unterschiedliche
1126 Interessen und Bedürfnisse. Allerdings werden die Interessen inzwischen in herrschaftsfreien
1127 demokratischen Prozessen ausgehandelt und nicht mehr machtpolitisch oder militärisch
1128 durchgesetzt.

1129 Wir sehen: Der gemeinsame Kampf lohnt sich, denn eine andere Welt ist nötig und möglich!

1130